

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 140.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 4. Dezember 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Der neue Tarif.

II.

„Vor und nach den Tarifberatungen.“

Wenn man den Kritikern des neuen Tarifes folgt, kann man recht häufig beobachten, daß die Situation vor den Beratungen derjenigen nach Abschluß des Tarifes gegenübergestellt wird. Der Zweck, der damit verfolgt wird, ist ohne Mühe zu erkennen, und der bei einer solchen Gegenüberstellung sich ergebende naturgemäße Widerspruch ist auch nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet worden, bei oberflächlich denkenden Kollegen die gewollte Wirkung hinterlassend.

Geht man der Sache aber auf den Grund, so findet man mit Leichtigkeit, daß dieser Widerspruch immer bestanden hat, so lange es einen allgemeinen deutschen Buchdrucker tarif gibt. Immer hatte die Gehilfenschaft vor den Tarifverhandlungen die rosigsten Hoffnungen, und immer hat nach dem jeweiligen Tarifabschlusse eine Enttäuschung Platz gegriffen. Gleichviel in welcher Höhe die Forderungen erhoben wurden, und wer Gehilfenvertreter oder „Korr.“-Redakteur gewesen ist.

Es ist dies auch nicht mehr als natürlich. Die Gehilfenschaft ist bei ihrer Antragstellung in der glücklichen Lage, persönlich der Prinzipalität gegenüber diese Forderungen nicht vertreten oder dieselben in einem für beide Teile bindenden Vertrage festlegen zu müssen. Diese undankbare Arbeit war und wird immer einem kleineren Kreise vorbehalten bleiben. Danach wird auch in der Zukunft verfahren werden müssen, und deshalb wird auch immer ein Widerspruch bestehen bleiben zwischen dem Geforderten und dem Erreichten. Wie in der Zukunft hier ein harmonischeres Verhältnis herbeizuführen ist, darauf werden wir weiter unten eingehen.

Zunächst haben wir es mit der Gegenwart zu tun und mit jenen Kollegen, die den Gehilfenvertretern und der „Korr.“-Redaktion zurufen: „Nieder mit der Taktik des Verrates und deren Vertretern und Resultaten!“ Oder die von einem „System der Autokratie und Heimlichtuerei“ reden oder von einem „Spiele hinter den Kulissen“, von der „Geheimhaltung von Beratungen“ und von der „inkonsequenten, schwächlichen Haltung des „Korr.“

Nicht tropfen, nein eimerweise hat man in den meisten Versammlungen dieses Gift herumgereicht, und es fand überall willige Konsumenten. Alles, aber auch alles war vergessen! Die den Gehilfenführern durch die Dresdener Generalversammlung aufgegebene Taktik, die Gauvorsteher- und Gehilfenvertreterkonferenz, die erschöpfenden Abhandlungen der Redaktion — wie hypnotisiert starre man nur nach dem einen Ziele: in dem neugeschaffenen Tarife den Ausbund des Verrates zu erblicken.

Warum ließ diese selbe Gehilfenschaft, die heute von einem „Spiele hinter den Kulissen“ redet, in Dresden nicht beschließen, daß der neue Tarif der Gehilfenschaft zur Urabstimmung unterbreitet werden müsse, nachdem man jetzt „feststellt“, daß man schon 1896 und 1901 „verraten“ worden ist? Warum wies die ganze Gehilfenschaft in ihren Versammlungen und in Dresden den Antrag Berlins auf Kündigung des Tarifes zurück? Und warum zogen die Delegierten der Berliner Gehilfen-

schaft diesen ihren Antrag wieder zurück? Weil man damals die gefährvolle Situation zu wirtlichen verstand, die mit einer Tarifkündigung heraufbeschworen werden mußte, weil man damals ein sah, daß, wenn irgend möglich, der gewerbliche Frieden aufrechterhalten bleiben müsse, weil damals die Erkenntnis nicht mit Gewalt unterdrückt wurde, daß die ganze historische Entwicklung unserer Organisation und unser Tarifes auf eine Revision des Tarifes, nicht aber auf eine Kündigung desselben hinwies. Seit Bestehen unserer Organisation war die tarifgemeinschaftliche Regelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen der natürliche Zustand, den man nicht ohne Not und ohne Zwang preiszugeben willens war. Und auch nicht preisgeben durfte.

Was nun den Abschluß des Tarifvertrages selbst betrifft, so waren die Gehilfenvertreter von der Generalversammlung dazu bevollmächtigt. In der ganzen Welt und zu keiner Zeit ist es möglich, anders, als bei uns geschehen, derartige Verträge abzuschließen. Auf was es ankommt, ist lediglich, ob diejenigen, die solche Verträge für eine Gesamtheit eingehen, deren Vertrauensmänner sind. Das ist der springende Punkt auch bei der gegenwärtigen Kritik an dem neuen Tarife. Entweder befinden sich die 22 Gauvorsteher, 12 Gehilfenvertreter, der Verbandsvorstand und die „Korr.“-Redaktion im Besitze des Vertrauens der Gehilfenschaft — oder nicht! Ein Drittes ist ausgeschlossen. Diese Frage hätte man der geübten Kritik voranstellen sollen. Denn nie wird es möglich sein, alle taktischen Erwägungen, welche das Handeln jener Personen in der heiklen Tarifangelegenheit bestimmten, der Öffentlichkeit preiszugeben. Wir empfehlen der Kollegschaft, gerade in diesen Tagen unsern Artikel in Nr. 1 des „Korr.“ von diesem Jahre „Ueber die Taktik“ nachzulesen. Diejenigen sich rührenden Kollegen, bei denen gemäß ihrer Stellung die Fäden zusammenlaufen und in der ihnen tagtäglich intimere Einblicke in die Gesamtverhältnisse möglich sind als dem größten Teile der übrigen Kollegen, werden nie in der Lage sein, die dadurch gewonnene Kenntnis mit derselben überzeugenden Kraft auf andere zu übertragen, wie diese Wirkung auf sie selbst ist. Deshalb bleibt im großen und ganzen die Stellung dieser Kollegen immer eine Vertrauenssache. Und nur danach kann ihre Arbeit bewertet werden.

Aber wie ist das geschehen! Wir haben schon oben einige Proben davon gegeben. „Rezhäuser empfindet von seiner hohen Warte nicht mehr, wie es dem Minimumseher zumute ist“, hieß es in der Essener Versammlung; ein Mainzer Kollege „hält es für einen Schachzug der Prinzipale, die Verhandlungen über den 1. Oktober hinaus auszuzeichnen, um eine eventuelle Kündigung des Tarifes hintanzuhalten“. Ist das nicht zum Haarausraufen? Doch wir wollen uns mit den Anklagen befassen, die den Gehilfenführern und speziell uns wegen eines angeblich widersprüchlichen Verhaltens vor und nach den Tarifverhandlungen gemacht worden sind. Kollege Schaeffer-Karlsruhe, der sich in dieser Beziehung am präzisesten ausdrückte, hat in seinem Artikel: „Diplomatie, Autokratie, Demokratie!“ den Gehilfenvertretern und der „Korr.“-Redaktion geglaubt, den Vorwurf der Inkonsequenz

machen zu müssen. Hören wir, was uns Kollege Schaeffer darüber zu sagen weiß:

„Diese Diplomatie, die es fertig bringt, daß Männer, die noch vor wenigen Wochen der Gehilfenschaft hoch und heilig die Versicherung gaben, daß sie die siebenmal gefieberten Forderungen als das mindeste betrachten und davon keinen Schritt abweichend werden, nach wenigen Tagen von Berlin heimreisten, mit der Befriedigung, daß es gelungen sei, unter annehmbaren Bedingungen wiederum den Frieden im Gewerbe zu erhalten“, sie kommt uns vor wie eine Schlange, deren Blick die stärksten Männer willenlos macht! Und wenn heute unser Redakteur schreibt: „Nach unserer Kenntnis der gewerblichen Lage müssen wir zurzeit den Behauptungen der Prinzipale — die Prinzipale als Gesamtheit genommen — Glauben schenken, daß sie nicht in der Lage sind, berechtigten Wünschen der Gehilfen zu entsprechen“, so muß man sich doch fragen: Ja, war denn diese Kenntnis der gewerblichen Lage bei der im Mai d. J. stattgehabten Gauvorsteherkonferenz nicht auch vorhanden? Wenn doch, wäre es da nicht besser gewesen, man hätte, gestützt auf diese Kenntnis der gewerblichen Lage, die Hoffnung der Kollegschaft etwas weniger hoch gesteigert? ...

Un sich wäre die Schlussfolgerung des Kollegen Schaeffer eine durchaus logische — wenn die Sache so einfach gestaltet wäre, wie sie der genannte Kollege darstellt. Was wir ihm darauf zu erwidern haben, ist nichts weniger als diplomatisch, und es ist traurig, daß wir das Folgende sagen müssen, aber in der Notwehr sind wir dazu gezwungen, wenn wir nicht stillschweigend den indirekten Vorwurf der Charakterlosigkeit einstecken sollen. So lange die bisherige Form der öffentlichen Antragstellung und der öffentlichen Diskussion unserer Forderungen beibehalten wird, sind wir gezwungen, für höhere Forderungen öffentlich plädieren zu müssen, als die Führer selbst für durchführbar halten. Denn wären unsere Forderungen tatsächlich „das mindeste“ gewesen, hätten wir uns zehntägige Beratungen in Berlin ersparen und unsern Verbandsvorstand beauftragen können, der Prinzipalenschaft den unabänderlichen Standpunkt der Gehilfenschaft mitzuteilen. In demselben Augenblicke, da die Prinzipalität Deutschlands Kenntnis von unseren Forderungen erhielt, war es für deren Vertreter eine Unmöglichkeit, die Gehilfenforderungen glatt zu bewilligen. Hoffentlich versteht man uns ohne Erläuterung! Die Gauvorsteherkonferenz hat nicht im entferntesten die Ueberzeugung gehabt, daß sich die materiellen Forderungen der Gehilfen erfüllen lassen werden, eben in Rücksicht auf die gewerbliche Lage. Aber bei einer öffentlichen Behandlung unserer Anträge mußte die Gehilfenleitung höhere Forderungen zu stellen den Gehilfen empfehlen, weil diese Form der Antragstellung — nennen wir das Kind beim richtigen Namen — einen Kompromiß bedingt.

Anderes wäre es, wenn die Öffentlichkeit ausgeschaltet und eine gewisse Erregung aus dem Gewerbe vor Fertigstellung des Tarifes ferngehalten werden könnte; dann wäre es auch leichter, zum Schluß die Urabstimmung entscheiden zu lassen. Obwohl wir bei dem heutigen Stande der Dinge im Gewerbe diesen Weg für einen gefährlichen halten, denn es entscheidet dann, wie wir in diesem Jahre gesehen haben, nicht sofort die kühle Ueberlegung, sondern eine gewisse Stimmung, die oft noch dazu von unverantwortlichen Leuten gemacht wird. Wäre in Kollegentreifen ein größeres Verständnis für gewerkschaftliche Taktik vorhanden, dann würde

man entweder eine andre Form der Antragstellung wählen oder verstehen, daß z. B. 15 Proz. Lohn-erhöhung verlangen, noch nicht 15 Proz. besitzen heißt. Andererseits waren die Gehilfenführer gezwungen, in der Öffentlichkeit mit aller Energie für die gestellten Forderungen einzutreten, wie sie dies auch der Prinzipalität gegenüber persönlich getan haben. Aber sie mußten sich sagen, daß diese Forderung durchzubringen unmöglich ist. Un-dermunt, daß unsere Kritiker dies alles nicht ver-standen sollten. Inse persönliche Ueberzeugung geht dahin, daß künftighin mit dieser Form der An-tragstellung gebrochen werden muß. Wir haben wenigstens keine Lust, in fünf Jahren eventuell wieder der Sündenbock zu sein, der bei der Ver-teidigung der Verbandstaktik sich unbedeutenderweise soll den Vornurur unlautern Handelns machen lassen. Will man aber mit der öffentlichen Antragstellung nicht brechen, muß man wohl oder übel die Tarif-verhandlungen nach wie vor zu einem Handels-geschäft machen. Dann wird auch den künftigen Gehilfenvertretern — hoffentlich ist ein solches Amt unserm Kollegen Schaeffer das nächstmal be-schieden — kein andres Los erblühen als den gegenwärtigen. Leider wiederholt auch er die un-berechtigte Anklage, „daß in der Aufklärung der Kollegenchaft durch unser Verbandsorgan eine große Unterlassungssünde begangen worden ist.“ Wo und wann denn? Und hat Kollege Schaeffer keine Ahnung davon, welche Arbeit das wöchentlich drei-malige Erscheinen des „Korr.“ heutzutage erfordert? Was sollen wir denn noch schreiben? Man nehme doch einmal die Jahrgänge des „Korr.“ zur Hand und suche nach einer den Verband bewegenden Frage, die in „Korr.“ zu kurz gekommen wäre. Bemerkenswert ist in diesem Punkte, daß ein anderer Tarifgegner, Kollege Kotte, in Nr. 134 schreibt: „Nein, das Resultat hätte die „Korr.“-Redaktion und der Generallstab sicherlich nicht er-wartet, hatte doch die erstere mit einem Dienen-fleiß die Finger wund geschrieben, um ein möglichst großes Interesse für eine groß-zügige Gewerbspolitik bei ihren Lesern zu er-zwecken und zu fördern! . . . Es muß eine bittere Enttäuschung hervorrufen, wenn die Arbeit eines Jahrzehnts plötzlich so voll-ständig über den Haufen geworfen wird.“ Wer hat denn nun Recht, Schaeffer oder Kotte? Und wenn der letztere, was sollen wir da zur „Aufklärung“ noch schreiben, wenn „die Arbeit eines Jahrzehnts plötzlich so vollständig über den Haufen geworfen“ werden kann? Im Sinne des Artikels des Kollegen Schaeffer können wir eben nicht schreiben, und deshalb vermißt er bei uns eine angeblich mangelnde Aufklärungsarbeit. So wie dieser Kollege hat noch eine ganze Anzahl anderer geglaubt, unser „widerspruchsvolles Ver-halten“ kritisieren zu können, weil man Ursachen und Wirkungen in kein ergänzendes Verhältnis brachte. Es ist bebauerlich, das sagen zu müssen, aber man gebe es doch endlich einmal auf, uns bei leben-digen Leibe zu schinden. Wenn man die Gesamt-arbeit in „Korr.“ ignoriert und bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit willkürlich die schwe-rsten Angriffsobjekte konstruiert, wenn man schon aufgehört hat, auf das Prädikat Kollege Anspruch erheben zu dürfen, was sollen wir dagegen dann ausrichten können? Wie uns verleidet man auch den übrigen Gehilfenführern die Lust zur Arbeit, und ob dies ein Vorteil für den Verband ist, wagen wir billig zu bezweifeln.

Eine Erwiderung.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben der neue Tarif und Vertrag bei den Kollegen eine ganze Flut von Erklärungen für und wider das Geschaffene losgelöst. Und daß dem so ist, kann uns von Herzen freuen, denn es beweist das rege Interesse an der Organisation und den Eifer, mitzuführen, daß der Verband nach den je-weiligen Anschauungen im richtigen Fahrwasser bleibe. Es wird schwer halten, den vielen Ausführungen etwas neues hinzuzufügen, und ist dieses auch nicht der Zweck dieser Zeilen. Aber die Auslassungen des Kollegen Stich-Rendsburg in Nr. 137 über den abgeschlossenen Vertrag sind meines Erachtens gefährlich und fordern zum Wider-spruch auf. Ich glaube selbst, daß der Vorstand vielleicht besser getan hätte, den Vertrag erst den Mitgliedern vor-

zulegen, bevor er für uns bindend wurde, aber so peffi-mistisch wie Kollege St. darüber denkt, ist meine Auf-fassung nicht. Gewiß, Auktionsmitglieder sind ein Uebel und meistens sehr unzuverlässig. Aber ob solche wirklich durch den neuen Vertrag in so großen Scharen betreten, daß sie für den Verband zum Schaden werden können, glaubt Kollege St. doch wohl selbst nicht. Gewiß, es wäre schön, wenn alle Kollegen nur aus Solidaritäts-gefühl Mitglieder würden, wenn alle erlernen, daß sie als Mitglieder einer solch großen Gewerkschaft eine Kul-turaufgabe zu erfüllen streben — aber helfe er sich! St. konstatiert selbst: „Jetzt schon ist ein großer Teil der Mitglieder — leider — reine Kaffeemitglieder.“ Na also! Daß diese „minderwertigen“ Mitglieder wohl kaum je die Signatur des Verbandes werden, ist wohl sicher, da sie sich nach meiner Erfahrung um nichts kümmern, in den Versammlungen durch Abwesenheit glänzen usw. Das war bisher so — leider — und daran wird wohl nichts geändert. Es sei denn, daß die besseren Elemente den Launen das Gewissen schärfen.

Wenn man aber trotzdem noch die Gefühle des Kol-legen St., die ihn zu seinen Ausführungen über den § 4 des Vertrags trieben, verstehen kann, so ist dies bei seinen Anmerkungen zum § 5 sehr schwer. Man merkt die Ab-sicht, und man wird verstimmt. Es gibt gewiß noch manchen andern aufrichtigen Sozialdemokraten unter den Buchdruckern; aber wenn dieselben ehrlich sein wollen, müssen sie es doch bekennen, daß es für die Gewerkschaft sehr traurig wäre, wollte sie den neutralen Standpunkt verlassen, denn damit wäre ihre Selbständigkeit gleich-falls futsch. Nüchternere Erwägungen bedingen Neutralität und nicht die Hoffnung, daß uns „gegebenenfalls der Staatsanwalt mit weniger gestrengem Blicke ansieht.“ Möge Kollege St. doch noch einmal den Artikel des Kollegen G. S. in Nr. 132 des „Korr.“ lesen und sorg-fältig durchdenken, dann wird ihm die Neutralität des Verbandes als notwendige Vorbedingung für das Ge-diehen desselben klar werden. Ober erscheint es dem Kollegen St. als ein so ideales und erstrebenswertes Ziel, im Schlepptau eines „Vorwärts“ oder „Leipziger Volks-zeitung“ zu hängen, diesen Pestbeulen der „Arbeiter“-presse?? Das traue ich Kollegen St. nicht zu. Auch mit dem Gedanken zu spielen, ist gefährlich. (Kollege St. hat auch seine „Anerkennung“ schon weg. Die „Leipziger Volkszeitung“ druckte die ihr passenden Stellen aus seinem Artikel ab und suchte ihn gegen die „Korr.“-Redaktion auszuspielen. Red.)

Süderbrarup.

Sch u.

Die „Leipziger Volkszeitung“.

Was dieses edle Blatt bisher in der schamlosesten Verhöhnung der Arbeiter untereinander geleistet hat, ist seit einem Jahrzehnte genugsam bekannt geworden.

Seine jüngsten Heldentaten nach Gebühr zu kenn-zeichnen, behält man uns für den Schluß der be-gonnenen Artikelserie über den neuen Tarif vor. Heute wollen wir auf Erfuchen eines Kollegen lediglich fest-stellen, daß der Versuch von Leipziger Parteigenossen, in ihrem Organe gegen die dort betriebene Buchdrucker-heke in sachlicher Weise zum Worte zu kommen, eine ver-geltliche ist. Zur Naturgeschichte jenes professionellen Fezblattes, in dem die Gehärdtschneidelei gewerbsmäßig betrieben wird, mögen daher die nachstehenden Ausführ-ungen dienen, die uns mit dem Erfuchen um Aufnahme zuzugingen. Unsere Kollegen können dann über mangelnde Meinungsfreiheit im — „Korr.“ klagen.

Was die Leser der „Leipziger Volkszeitung“ nicht erfahren dürfen.

Im allgemeinen mag es wohl zu den Gepflogenheiten der Arbeiterpresse gehören, daß bei strittigen Fragen, wie es beispielsweise unser Tarifvertrag ist, Freunde und Gegner zum Worte kommen, und verwundert mag sich mancher Kollege außerhalb Leipzigs gefragt haben, warum denn die der Partei angehörenden Leipziger Kollegen die blödsinnigen Angriffe der „Leipziger Volkszeitung“ gegen den Buchdruckerverband und die Leipziger Mitgliedschaft in besonders nicht an Ort und Stelle, in der „A. B.“ selbst, zurückweisen. Nun, viele werden einen solchen Versuch allerdings nicht machen, denn wer es nur ein-mal versucht hat, eine von der Redaktion der „A. B.“ abweichende Meinung zur Geltung zu bringen, dem wird die Lust zu einem derartig freventlichen Beginnen für alle Zeit gründlich ausgetrieben sein. Nicht als ob von der „A. B.“ sogenannte Eingangs- und Zuschriften aus dem Publikum konsequent abgelehnt würden, im Gegen-teile, gerade in der Buchdruckerangelegenheit ist davon ergiebig Gebrauch gemacht worden, sogar von auswärtigen Abonnenten, z. B. aus Hannover. Und kaum hat es irgend ein Gewerkschaftsblatt, z. B. die „Holzarbeiter-zeitung“, gewagt, auf das die Arbeiterschaft gegeneinander hegende Gebaren der „A. B.“ hinzuweisen, just kann man andern Tags unter „Mittelungen aus dem Publikum“ einen geharnischten Protest eines — natürlich anonymen — Holzarbeiters gegen sein Gewerkschaftsblatt in der „A. B.“ finden. Wenn aber jemand versucht, eine ab-weichende Meinung zur Geltung zu bringen oder gar knielpöckliche Unwahrheiten richtig zu stellen — — um Himmels Willen, so etwas dürfen die Leipziger Arbeiter nicht erfahren; der Nimbus der Unfehlbarkeit könnte ja bei den Lebermenschen, die in der Redaktion der „A. B.“ sitzen, verbleiben. Man muß dann froh sein, wenn man wieder in den Besitz seines Manuskriptes kommt. Und die Redaktion wird darin noch übertroffen von einer wohl in der ganzen Arbeiterpresse einzig dastehenden

genannten Proskommission. Doch lassen wir die Tat-sachen sprechen.

Nachdem der unten abgedruckte Artikel vom 22. bis 26. Oktober bei der Redaktion der „A. B.“ gelegen, wurde er nach einer Vorlesung in die Sprechstunde abgelehnt und am 27. Oktober von mir beim Vorstehenden der Pro-skommission der „A. B.“ abgeliefert nebst einer Beschwerde, nach soviel Schmähartikeln und anonym veröffentlichten Zuschriften doch wenigstens eine einzige, mit vollem Namen gebetete Verteilung zu Worte kommen zu lassen. Doch Wobden vergingen, und obgleich ich inzwischen noch Freimarken nachsandte, um wenigstens das Manu-skript zurückzuerhalten, und auch noch eine armich abversteht frankierte Postkarte beilegte, um wenigstens eine Be-stätigung vom Eingange des Manuskriptes zu erhalten; erhielt ich doch kein Lebenszeichen, bis ich am 10. No-vember endlich den Herrn ersten Präsidenten der famosen Proskommission der „A. B.“ in seiner Wohnung auf-suchte. Das Manuskript war natürlich nicht zu erhalten, das hatte der Herr Vorstehende, ohne die anderen Mitglieder der Proskommission, obwohl dieselben fast täglich zusammenkommen, von dem Eingange einer Beschwerde doch nur zu benachrichtigen, an die Redaktion zurückgeschickt, wohlgemerkt, über die ich mich beklagt hatte! Erstaunt wird man den Kopf schütteln. Ja, das macht man eben in Leipzig so. Nach-dem mir eröffnet worden war, daß ich den Artikel wegen seiner verlegenden Form am Anfang und Schluß streichen oder ändern müsse — die Redaktion der „A. B.“ ist zwar bekanntlich nicht wählerisch in ihren Ausdrücken, zumal wenn sie gegen die Buchdrucker hegt, doch äußerst feinfühlig gegen sich selbst — wurde mir die Rücksendung am andern Tage versprochen, tatsächlich er-hielt ich den Artikel erst am 13. November zurück. Am 15. November legte ich den nach dem Wunsche des Pres-senausschusses abgeänderten Artikel abermals bei der Redaktion der „A. B.“ nieder. Diesmal glaube ich ich schäuler zu sein: Ich legte gleich Freimarken bei mit dem Erfuchen, bei Nichtaufnahme das Manuskript umgehend zurückzusenden, und gab auch eine Schiffe für etwaige Briefaufkosten an. Doch alle Vorichtsmaßregeln nuzten nichts; erst als ich mich hinter ein andres Pres-sungskommissionsmitglied gesteckt, konnte ich wenigstens aus der Wohnung desselben am 25. November den Artikel zurückholen. Um drohligsten war nun der Grund für abermalige Ablehnung des Artikels; er löste zugleich das Rätsel, weshalb so hartnäckig von allen Seiten die Sache verschleppt wurde. Es wurde mir nämlich die groß-artige Eröffnung gemacht, daß doch nunmehr die von mir geäußerten Angriffe der „A. B.“ zu weit zurück-liegen, um nochmals darauf zurückzukommen. Wirklich großartig!

Jeder Unbefangene wird wohl zugeben, daß dieses Gebaren der „A. B.“ nur als unwahrhaftig und feig be-zeidnet werden kann; und die alleseitig öffentliche und an so schwere Kämpfe gewöhnte Leipziger Arbeiterschaft sollte sich doch endlich aufrufen und diesem ungal-tbaren Zustande, der die ganze Arbeiterbewegung schändet, ein Ende machen.

Der Artikel selbst lautet, nachdem auf Wunsch am An-fange und nur unwesentlich am Schluß abgeändert, zum zweitenmale bei der „A. B.“ aufgegeben wurde, also:

Nochmals zur Buchdruckerbewegung.

Die Artikel über die Tarifbewegung der Buchdrucker in der „Leipziger Volkszeitung“ werden zwar nach ihren eignen Angaben von solchen Redakteuren verfaßt, die Mitglieder des Buchdruckerverbandes sind, wie weit sie jedoch auf Sachkenntnis Anspruch machen können, sei gleich an einem Beispiele bewiesen. Jeder halbwegs die gewerkschaftliche Entwicklung verfolgende Arbeiter kennt den unglücklichen Ausgang des Neunfundbenkämpfes im Buchdrucker im Jahre 1892. Das sachverständige Mitglied des Buchdruckerverbandes in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ berichtet in der Nummer vom 6. Oktober d. J., daß seit 1891 die Arbeitszeit letztmalig um eine Stunde verkürzt sei, in der Nummer vom 9. Oktober verlegt man den Termin ins Jahr 1901, trotzdem noch in derselben Nummer eine Richtigstellung aus Hannover den richtigen Zeitpunkt — also 1896 — und die wirkliche Arbeitszeitverkürzung (eine halbe Stunde täglich) angibt. Obgleich nun in einer zweiten Zuschrift aus Leipzig in der Nummer vom 13. Oktober die Sache nochmals richtig-gestellt wird, verlegt der sachverständige Redakteur am 15. Oktober zur Abwechslung den Termin wieder einmal ins Jahr 1901. Gleich in derselben Nummer befindet sich folgender, von keiner Sachkenntnis getriebene Satz:

Im Jahre 1906 hat die reaktionäre sächsische Regie-rung den Eisenbahnarbeitern freiwillig die neunstün-dige Arbeitszeit gewährt, die Buchdrucker aber sollen bis zum Jahre 1917 neun und eine halbe Stunde täglich fronden.

Die Berechtigung jedoch, die jetzige Arbeitszeit in Buch-druckerwerke als effektiv neunstündige zu bezeichnen, kanzelt der sachverständige Buchdruckerredakteur in der „A. B.“ mit folgender Entschuldigung ab: „Das ist ja eben der Schwindel, der damals und die ganze Zeit her mit der angeblichen Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde ge-trieben wurde.“ Ja, wer in aller Welt hat denn „da-mals und die ganze Zeit her“ solchen Schwindel getrieben? Mir ist nichts, aber auch rein gar nichts davon bekannt. Die Bezeichnung der jetzigen Arbeitszeit als neunstündige ist den Unternehmern erst nach heftigstem Widerstande abgerungen worden, weil dadurch der durchschnittliche Stundenlohn höher wurde und mithin die leberfrunden besser bezahlt werden mußten. Die „A. B.“ macht daraus:

„Deshalb, um das damalige Resultat nicht gar zu notdürftig erscheinen zu lassen, sagt man dann, die effektive Arbeitszeit beträgt neun Stunden.“ Nach der Theorie der „R. W.“ haben übrigens auch die Leipziger Bauarbeiter die zehnstündige, und auch die Parteidruckereien, mit Ausnahme derjenigen, die englische Arbeitszeit haben, die achtstündige Arbeitszeit. Daß die den sächsischen Eisenbahnarbeitern gewährte neunstündige Arbeitszeit eine effektiv achtstündige ist, glaubt außer der Redaktion der „R. W.“ kein Mensch. Wenn übrigens mit Vergleichen operiert werden soll, so nenne man doch außer den Buchdruckern nur einen einzigen größeren Beruf, der im ganzen Reich in über 2000 Orten die neunstündige Arbeitszeit strikte durchgeführt hat. Vergleiche mit Notendruckern, Chemigraphen, Lichtdruckern usw. sind ganz hin- fällig, einmal weil diese Berufe nur in einigen Großstädten vertreten sind, dann aber auch, weil sich Berufe mit kaum 1000 Berufsangehörigen besser organisieren lassen als 5000 Buchdruckergehilfen, die in reichlich 1400 Ortschaften beschäftigt sind.

Wenn nun einmal mit den Lohnbewegungen anderer Berufe verglichen werden soll, so muß festgestellt werden, daß bei fast allen Lohnbewegungen immer nur von der Erhöhung der vereinbarten Minimalhöhe die Rede ist. Wenn bei den Buchdruckern die Lohnhöhe auf alle ausgehebt wird, die 3 Mk. über das Minimum erhalten, scheidet diese Vereinbarung nur vorteilhaft gegen die Lohnbewegungen anderer Berufe ab.

Der neue Organisationsvertrag ist nur deshalb ein „Vertrag“, weil er von den Buchdruckern ausgeht. Neben anderen ähnlichen Organisationsverträgen besteht ein solches „Machwerk“ längst bei den Chemigraphen für das ganze Reich, ohne daß je darauf hingewiesen wurde, „daß die Verbandsleitung die Organisation auf alle Seiten geknebelt ausgeliefert hat“, und ohne daß von einem „einer Arbeiterorganisation höhnischprechenden Organisationsverträge“ die Rede ist. Uebrigens gilt er nur dann zehn Jahre, wenn in fünf Jahren bei der Tarifrevision keine Einigung zustande kommt, andernfalls ist er in sechs Jahren abgelaufen. Mit Sperrdruck ver- bindet die „R. W.“, „daß künftig der Verband mit seinen Mitteln für den Schaden aufzukommen hat, der durch den Kontraktbruch einzelner oder ganzer Personale den Herren Buchdruckerbarone erwächst“. In Wirklichkeit haftet der Ver- band nur mit der Summe eines oder zweier Wochenlöhne für jeden einzelnen Gehilfen, während bisher der Gehilfe für jeden nachweisbaren Schaden haftete, der aus einer ungelegenen Arbeitseinstellung entstand.

Auf den in der „R. W.“ erschienenen Versammlungs- bericht der letzten Leipziger Buchdruckerversammlung ein- zugehen, ist schon deshalb nicht gut möglich, weil der Bericht so viel Unrichtigkeiten als Sätze enthält. Den Leipziger Buchdruckergehilfen ist es klar, daß die Ableh- nung des jetzigen Tarifvertrages den Streik bedeutet, der Streik in der jetzigen Situation aber der Selbstmord der Organisation wäre. Vor allem geht das auch Außen- stehende gar nichts an; man würde es bei anderen Be- rufen auch gar nicht versuchen, sich in die folgen- schwersten Beschlässe einzumischen, nur den Buchdruckern glaubt man dies bieten zu können. Und wenn es der Partei- presse doch gelänge, die Buchdrucker in einen ausichtslosen Streik zu hegen, würde auch die ganze Verantwortung die Partei treffen. Man vergißt eben, daß Druckmaschinen keine unentbehrlichen Be- darfartikel sind, daß Druckaufträge nicht Terminarbeiten sind wie etwa im Baugewerbe. Auf den diesjährigen Stein- drucker- und Buchbinderstreik braucht man nur hin- zuweisen. Welche naive Vorstellung die „Leipziger Volks- zeitung“ -Redaktion übrigens von der Durchführung einer Tarifrevision hat, geht aus einer Stelle hervor, die zwar nicht so gehässig ist wie die schon angeführten, sicherlich aber das dröckliche, was in der ganzen Arbeiterpresse in der Buchdruckerfrage je geäußert wurde. Die „R. W.“ schreibt:

Der Gehilfenvertreter für den Kreis Sachsen ins- besondere hätte den Herren Prinzipalvertretern ent- gegenhalten können, daß die sächsischen Buchdrucker- prinzipale mit anderen Unternehmerorganisationen seit Jahren für die Aufhebung dreier Feiertage (Epiphani- asfest, sächsischer Frühjahrsbuxtag und Reformations- fest) agitieren, weil diese sächsischen Feiertage in Preußen nicht begangen werden. Durch den Wegfall dieser drei Feiertage, der über kurz oder lang kommen wird, wäre die Verletzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde die Woche reichlich wettgemacht. Das hätten die Ge- hilfenvertreter den Prinzipalherren sagen sollen, und dann wären die Unternehmer diejenigen gewesen, die auf solche Argumente nichts einwenden konnten.

Gimmelp, werden sich jetzt die Gehilfenvertreter an dem Kopf greifen, daß ihnen das „Argument“ nicht eingefallen ist! Die Prinzipale hätten sicher nichts einwenden können, ein weiteres Entgegenkommen wäre die sichere Folge ge- wesen.

Wenn schließlich in einem „Eingefandte“ gesagt wird, daß die Buchdrucker „auf diese Weise die Sympathie der übrigen Arbeiterschaft verlieren“, so brauchen wir darum keine Angst zu haben; die Arbeiterschaft wußte unsre Sympathie noch immer zu schätzen, wenn sie bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen Unterstützung brauchte. Der Stein- drucker- und Buchbinderstreik, auch mancher andre Streik, wären sicher besser für die Arbeiter ausgegangen, wenn alle Arbeiter durch die „gewerkschaftliche Erziehung“ sich zu so großer Opferwilligkeit auch für andere Berufe aufschwingen könnten wie die harmlosebusteligen Buch- druckergehilfen.

Uebrigens soll die Schreibweise des „Korr.“ gar nicht verteidigt werden; aber ein Vorgehen dagegen ist ganz

unmöglich, so lange die Parteipresse durch solche unerhörte Angriffe die Reaktion im Buchdruckerstande stärkt. Eine Agitation für sozialdemokratische Bestrebungen unter den Buchdruckergehilfen wird ganz unmöglich gemacht, wenn die Parteipresse durch solche unerhörte Stänkereien die Partei diskreditiert. Die aus bürgerlichen Kreisen kommenden Herren Literaten in den Parteizeitungen mögen es ruhig den betreffenden Arbeitern überlassen, ob sie streiken wollen oder nicht, sonst schaden sie nur der Partei und verhindern und vereiteln den Besten in der Partei die so notwendige Kleinarbeit.

Leipzig. M. Puschwitz.

Korrespondenzen.

-z- Duisburg. (Maschinensetzerversammlung.) Die am 18. November in Duisburg-Meiderich abgehaltene Ordentliche Versammlung der Maschinensetzer- vereinigung des Bezirks Duisburg erledigte eine interessante und wichtige Tagesordnung. Nachdem der Kassenbericht erstattet und die Aufnahme von drei Kollegen erfolgt war, erstattete Kollege Gölmer den Bericht von der Quartals- versammlung in Düsseldorf. Es erübrigt sich, darauf einzugehen, da der Bericht ausführlich im „Korr.“ ver- öffentlicht worden ist. Die anschließende Diskussion, mit der die Vespreeung des Zirkulars „Zur Aufklärung“ der Zentralkommission der Maschinensetzer verbunden wurde, gestaltete sich recht lebhaft und drehte sich die um den neuen Tarif. Der Vorsitzende Damschen besprach die Mängel des Berechnens an der Maschine und führte u. a. aus, daß mit der Einführung des Berechnens viele Kol- legen überflüssig gemacht würden, so z. B. diejenigen jungen Kollegen, die das verlangte Minimum an Satz nicht zu leisten imstande wären. Auch würden die Stänke- leuten unter den Kollegen kein Ende nehmen und die „Schufterei“ blühen. Redner sei aber der Ansicht, daß wir uns mit der Tatsache abzufinden hätten, daß das Berechnen in sehr vielen Offizinen eingeführt werde. Im Laufe der Debatte wurde von den Kollegen das Zirkular der Zentralkommission scharf kritisiert und dieses als ein Bremsversuch hingestellt. Die Mitglieder waren all- gemein der Ansicht, daß das Berechnen an der Maschine entscheidend zu verurteilen sei, besonders vom gesundheits- lichen Standpunkte. Alle Redner stimmten darin über- ein, das Berechnen an der Maschine abzulehnen. Mehrere Kollegen wendeten sich energisch gegen das mysteriöse Verhalten des Bezirksvorsitzenden Umweiser, der in der am Tage vorher abgehaltenen Ortsvereinsversammlung in Duisburg nach allgemeiner Auffassung der dort an- wesenden Kollegen erklärt habe, daß diejenigen, die nach der Einführung des Tarifes noch weiter gegen denselben montierten, ausgemergelt werden müßten. In der Haupt- sache waren bei dieser Neuerung, wußt die Maschinensetzer, gemeint. Ein Redner stellte Umweiser und Be- zirkshäupter als die zweiseitige Gottheit hin. Auch sei die Ur- abstimmung, wie weiter ausgeführt wurde, des Bezirks Duisburg über die Resolution betreffend die Annahme des Tarifes ein Mandat gewesen. Viele Kollegen seien aus der ganzen Sache nicht klug geworden. Sobann wurde folgende Resolution des Kollegen Gölmer ein- stimmig angenommen: „Die Maschinensetzerversammlung des Bezirks Duisburg vom 18. November in Duisburg- Meiderich stellt sich auf einen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem neuen Gesamtmetarife, da dasselbe eine Menge schwerer Schädigungen, so das Berechnen usw., in sich birgt.“ Nach Erledigung einiger technischer Fragen kam zum Punkte „Verschiedenes“ noch eine unerquickliche Sache zur Sprache, die auch in der Ortsvereinsversamml- ung des Verbandes verhandelt worden war und hier ihre Fortsetzung fand. Den Maschinensetzern des Duis- burger „Generalanzeiger“ wurde vorgeworfen, daß sie zu viel Liebesstunden gemacht, Löhne von 50 bis 60 Mk. pro Woche verdient und keine Schritte dagegen unternommen hätten. Von zwei anwesenden Kollegen des „General- anzeiger“ wurde dazu erklärt, daß der Liebestand seit einiger Zeit zum großen Teile durch Einstellung eines weitem Maschinensetzers behoben sei. Daß dieser ein- gestellt wurde, sei dem Drängen der Maschinensetzer des „Generalanzeiger“ zu verdanken. Unbestimmbar sei auch hier wieder das Verhalten des Kollegen Umweiser, der in besagter Offizin angestellt sei und großen Einfluß auf den Chef hätte. Kollege Umweiser habe in einer früheren Versammlung, welche sich mit der Angelegenheit be- schäftigte, und auch in einer Sitzung mit den beteiligten Setzern erklärt, bei dem Chef vorstellig zu werden und für Wünsche zu sorgen. In der letzten Ortsvereinsver- sammlung habe er aber das Verhalten der Maschinensetzer mit verurteilt und sogar gegen zwei Kollegen Aus- schlußantrag gestellt. Die Versammlung gab sich mit dieser Erklärung zufrieden und wurde dieselbe nach Er- ledigung einiger Angelegenheiten interner Natur nach fünfminütiger Dauer geschlossen.

K. Bezirk Offen. Auf Beschluß der Bezirksver- sammlung hatte nunmehr auch der Vorstand des Bezirks Essen den Mitgliedern Gelegenheit gegeben, auf dem demokratischen Wege der Urabstimmung nochmals ihr Votum über den neuen Tarif abzugeben. Die Betei- ligung an der Abstimmung war eine ziemlich vollzählige. Von 433 abgegebenen Stimmen äußerten sich bei 3 Zer- splitterungen 261 in zustimmendem Sinne; 164 Kollegen verkehrten weiter auf ihrem negierenden Standpunkte. So hat denn auch die Kollegenchaft des Essener Be- zirks durch einwandfreie Willensäußerung bekundet, daß sie in ihrer Mehrheit mit dem Erreichten zufrieden und gesonnen ist, auf dem Boden des Gleichheitens in der Praxis zu arbeiten. Aber auch die Minderheit der Klein- sager muß sich nur von dem Bewußtsein tragen lassen,

daß es auch für sie jetzt gilt, sich dem Willen der Mehr- heit unterzuordnen. Und so denn mit geeinten und ver- einigten Kräften heran an die Arbeit zur Einführung und vollen Durchführung des neuen Tarifes!

Gießen. In der am 24. November abgehaltenen Mitgliederversammlung beschäftigte man sich ganz besonders mit dem Hauptpunkte der Tagesordnung: „Ver- richterstattung über die Kreisamtssetzung des III. Kreises durch Kollegen Weber-Marburg; eventuell weitere Maß- nahmen bezüglich des abgelehnten Lokalaufschlags für Gießen.“ Nach kurzen einleitenden Worten seitens des Vorsitzenden Holland, erteilte er Kollegen Weber-Mar- burg das Wort zur Verrichterstattung. Der Redner ent- ledigte sich denn auch seiner Aufgabe in ausführlicher Weise, wofür ihm am Schlusse seiner Ausführungen Dank erstattet wurde. Nach längerer erregter Debatte gelangte von vier ungefährl. gleichlautenden Anträgen folgender hier wörtlich wiedergegebener zur Annahme: „Die heute tagende Versammlung der Giesener Buch- druckergehilfen protestiert ganz energisch gegen die ihren Vertretern ihres Antrags auf der Kreisamtssetzung in Frankfurt zuteil geordnete Behandlungsweise. Die Ver- sammlung ermächtigt ihren Antrag des Lokalaufschlags auf 8 1/2 Proz. und beauftragt den Vorstand, unter Dar- legung der speziell für Gießen in Betracht kommenden Verhältnisse für Gießen bei dem Tarifsamt einzu- zulegen. Die Versammlung erblickt in dem Kreisamte nicht die geeignete Institution zur Vertretung ihrer Interessen und beantragt deshalb seinerzeitige Beseitigung der Kreisämter und Festsetzung der Lokalaufschläge durch das Tarifsamt.“ Deshalb man zur Annahme vorstehender Resolution gelangte, sei aus der vorhergehenden Dis- kussion wiedergegeben: Erstkannt war man über die Ver- richterstattung durch Kollegen Weber-Marburg, da doch in unserer kürzlich abgehaltenen Versammlung die Wahl zweier Delegierten stattfand, welche außer unsern Vor- sitzenden als Schiedsrichter amwesend waren, um die Er- höhung unsers Lokalaufschlags zu begründen. Aus dem Berichte unserer entsandenen Delegierten war zu entnehmen, daß sie an der Vorberatung am Samstag teilgenommen, nach welcher die Kreisamtssetzung eine öffentliche sein sollte, jedoch am Sonntag infolge Raummangels die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Man wies also der Öffentlichkeit die Tür und habe somit diese Behandlungs- weise nicht nur von Gehilfen, sondern auch von seiten der Prinzipale große Bitternis erregt. Nach der Vor- besprechung sollte Kollege Dominé den Vorsitz führen, während die Verhandlungen von dem Vertreter der Prin- zipale, Herrn Haslau, geleitet wurden. Kollege Weber- Marburg gab hierüber jedoch Aufklärung, indem es dem Kollegen Dominé durch Unwohlsein nicht möglich ge- wesen wäre, die Verhandlungen zu leiten. Unglücklicher- weise traf es dann auch noch zu, daß unser Vorsitzender zugunsten des Kollegen Weber-Marburg ausgereichen mußte, da letzterer bereits vor fünf Jahren nicht stimmberechtigt durch einen ärztlichen Zufall war, und so mutete man denn unsern Delegierten zu, den Verhandlungen, welche von morgens 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr dauerten, vor geschlossener Tür beizuwohnen, um nach Schluß der- selben die hier und da gefallenen Brocken aufzuschnappen und so wenigstens etwas nach Hause zu bringen. Konnten sie doch die Stätte nicht verlassen, indem sie jederzeit damit rechnen, die Begründung des von Gießen ge- stellten Lokalaufschlags zu vertreten. Der Vorsitzende be- richtete dahingehend, daß er nur zur Begründung, der Anträge Fulda und Grünberg kurz zugelassen wurde, während man den Antrag Gießen und mehrere andere kurzerhand ad acta legte. Hierzu bemerkten unsere Dele- gierten noch besonders, daß man die Gehilfenvertreter in eines der teuersten Restaurants Frankfurts führte, was ihnen bei dem heutigen Minimum das Einnehmen der Maßzeiten sowie auch der Getränke kaum ermöglichte. Die Mehrzahl der anwesenden Mitglieder sprach sich über die Kreisamtssetzung des III. Kreises dahingehend aus, „daß dieselbe nur die Prinzipalinteressen im Auge ge- habt habe, indem man in den verschiedenen Konkurrenz- städten zum Teile Lokalaufschläge bis zu 5 1/2 Proz. fest- setzte.“ So erhielt z. B. das kleine Städtchen Hofgeismar einen Lokalaufschlag von 5 Proz., Ferner Hanau einen solchen von 2 1/2 Proz. und nach zwei Jahren eventuell noch eine Erhöhung von 2 1/2 Proz., Worms einen solchen von 5 1/2 Proz. Kollege Weber-Marburg wies den von mehreren Kollegen gemachten Vorwurf, man habe bei den Verhandlungen nur die Prinzipalinteressen im Auge gehabt, von seiten der Gehilfenvertreter energisch zurück. Des weitern war man der Ansicht, daß man die Ver- handlungen unbedingt hätte abbrechen müssen. Wenn die Giesener Gehilfenchaft auch über die laut Tarif fest- gesetzte Zulässigkeit der Erhöhung des Lokalaufschlags hinausging, so tat sie dies nur in der Ueberzeugung, daß ihre Forderung den hiesigen Verhältnissen entsprechend, insbesondere der bereits erfolgten und zum großen Teile noch bevorstehenden Steigerung der Woh- nungsmieten, eine gerechte war. Man habe die Gehilfen- schaft aus der Provinz auf die Erhöhung der Lokal- aufschläge verköpft, um so die Annahme der Tarif- abmachungen zu ermöglichen.

Heidelberg. Die am 24. November abgehaltene, gut besuchte Versammlung behandelte als ersten Punkt der Tagesordnung die am 22. Dezember stattfindende Wei- nachtsfeier. Zum zweiten Punkt erstatteten die Delegierten Bericht über das hiesige Gewerkschaftsartell für die Zeit vom April bis heute, aus dem eine Steigerung der hie- sigen Gewerkschaftsmitglieder um 100 Proz. zu ersehen war. Das Hauptinteresse des Abends durfte jedoch Punkt 3 für sich in Anspruch nehmen: „Endgültige Stel- lungnahme zum neuen Tarife“. Auch Heidelberg hat

feinen ablehnenden Standpunkt gegen den neuen Tarif nach längerer Debatte nunmehr aufgegeben, was in der mit großer Mehrheit angenommenen, vom Kollegen Rauf eingetragenen Resolution zum Ausdruck kam: „Die am 24. November abgehaltene Versammlung des Bezirksvereins Heidelberg beschäftigte sich zu wiederholtem Male mit der Einführung des neuen Tarifes und kommt zu folgendem Entschlusse: In Anbetracht der sich fortwährend mehrenden Zahl der annehmenden Orte, speziell der opponierenden, wodurch das Zustandekommen einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes als aussichtslos zu bezeichnen ist, ferner in der Erwägung, daß ein weiteres ablehnendes Verhalten zwecklos und in seinen logischen Folgen nicht ausführbar ist, sieht sich die Versammlung vor die Tatsache gestellt, dem zukünftigen Verhalten der Mehrheit sich anschließen zu müssen. Sie tut dies unter der Voraussetzung, daß die Heidelberger Prinzipalität auch den über 3 Mk. über Minimum entlohnenden Gehilfen eine Mindestzulage von 2 Mk. gewährt. Ferner erucht die Versammlung die nächste Generalversammlung des Verbandes, den bisherigen Modus, wonach nur die Gehilfenvertreter über Annahme oder Ablehnung eines neuen Tarifes zu bestimmen haben, abzuschaffen und die Abstimmung über zukünftige Arbeitsverträge den Worten der Kreise zu übertragen, um so zu verhindern, daß ein zu kleiner Kreis von Personen gegen den Willen einer bedeutenden Minderheit langfristige gewerbliche Gesetze akzeptiert.“ Eine weitere „finanzielle Ergründung“ machte Heidelberg in dem vom Kreisamte bemilligten Lokalzuschlagsbeschlusse um 2 1/2 Proz., beginnend mit dem 1. Januar 1909. Sollte prinzipalsseitig die Einführung zu genanntem Termine nicht erfolgen wollen, muß ihrerseits nachgewiesen werden, daß eine tatsächliche Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten ist. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Leipzig. Am 23. November fand im „Schloßkeller“ eine Versammlung der Stereotypen- und Galvano-plastiker statt. Dieselbe beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem abgehandelten Tarife. Nach eingehenden Erläuterungen des Kollegen Baug und lebhafter Debatte gab die Versammlung ihre Zustimmung zu den getroffenen Vereinbarungen, wengleich nicht verkannt wurde, daß vieles besser sein könnte. Die Stimmung der Versammlung kam in folgender Resolution zum Ausdruck, welche gegen eine Stimme Annahme fand: „Die am 23. November im „Schloßkeller“ abgehaltene Versammlung erklärt sich mit der Aufnahme in die Tarifgemeinschaft einverstanden, durch welche sie einen weiteren Schritt zur Hebung des gesamten Gewerbes erhofft, wengleich dabei nicht allen berechtigten Forderungen der Stereotypen- und Galvanoplastiker Rechnung getragen wurde. Die heute Versammelte schließt sich der Resolution der am 17. Oktober abgehaltenen Verbandsmitgliederversammlung im „Krisallpalast“ an und verspricht, ihre ganze Kraft einzusetzen, um das Ergrünte überall zur Ein- und Durchführung zu bringen.“

K.-E. Siegnitz. Zu einer einmütigen Kundgebung gegen die Kreisämter in ihrer gegenwärtigen Form gestaltete sich die letzte Versammlung der Siegnitzer Typographie. Mit wenigen Ausnahmen waren die Mitglieder der Einladung zur Versammlung gefolgt, um sich die Hiebpost von der Ablehnung des beantragten fünfprozentigen Lokalzuschlags durch unsern Vorsitzenden Jänisch, der mit der Vertretung der Gehilfeninteressen beim Kreisamte IX a betraut worden war, überbringen zu lassen. In trefflichen Ausführungen schilderte Redner, in welcher Weise die „objektive Prüfung der für den einzelnen Ort maßgebenden Verhältnisse“ vor sich gehe; er verurteilte auf das entschiedenste das Rotationstempo bei den Verhandlungen. Wenn man behende, daß in einer Zeit von sieben Stunden außer einer Generaldebatte noch 27 Anträge verhandelt worden seien, so könne man sich leicht einen Begriff machen von der „sachlichen“ Prüfung des mit vieler Mühe und Opfern an Zeit zusammengetragenen Materials. Wenn bereits vor Beginn der Sitzung seitens der Prinzipale die Parole ausgegeben werde, nichts zu bewilligen, wie dies aus einem vom Bezirke Siegnitz des Deutschen Buchdruckervereins versandten Zirkulare hervorgehe, so sei es überhaupt der reine Scherz, in Verhandlungen einzutreten und hätten die erheblichen Kosten für die Vertretung erspart werden können. Da die Anträge im Falle der Stimmengleichheit abgelehnt seien, so hätte man über das Resultat nicht im Zweifel sein können. Kläglich sei der Fall Bries. Dieser Ort erhält 5 Proz. und warum? Die Prinzipale erklärten, sie seien an Bries nicht interessiert, da kein dortiger Prinzipal dem D. B. V. angehöre! Also darauf komme es an! Diese Auffassung der Prinzipale dürfte wohl aber kaum mit den für die Bewilligung von Lokalzuschlägen aufgestellten Thesen vereinbar sein. Der Berichterstatter kam zu dem Schlusse, daß die Kreisämter in ihrer jetzigen Form für die Gehilfenschaft wertlos seien und daher in den Ortschaften gehören. In der Diskussion ging es äußerst lebhaft zu, und die Entrüstung über die Ablehnung dieser berechtigten Forderung war allgemein. Dieser Ausgang dürfte selbst manchen Siegnitzer Prinzipale nicht erwartet gekommen sein, denn man rechnete verschiedentlich schon mit einem Lokalzuschlag; der Chef einer der größten Firmen am Orte erklärte unlängst einem Angestellten, daß man wohl für Siegnitz um die Bewilligung eines Lokalzuschlags nicht herumkommen werde, während ein hiesiges Blatt diese Neuigkeit als vollendete Tatsache bereits bei Bekanntgabe der „zehnpromzentigen“ Erhöhung ihren Lesern aufsticht. Und doch ist man wunderschön um die Bewilligung herumgekommen! Den Herren Prinzipalen steht ja auch die Gewißheit zur Seite, daß uns

die Verbandsdisziplin davon abhält, unser berechtigten Forderung schärfsten Nachdruck zu geben. Die Erbitterung über die Lage Behandlung kam in folgender einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck: „Die heutige Versammlung der Siegnitzer Typographie, an der die übergroße Mehrheit der tarifreuen Gehilfen von Siegnitz teilnimmt, spricht den schärfsten Protest gegen die gänzlich ungenügende Prüfung des Begründungsmaterials zu dem gestellten Antrage auf Festsetzung eines fünfprozentigen Lokalzuschlags für Siegnitz aus; die eine Ablehnung zur Folge hatte. Bei dem rotationsmäßigen Tempo der Verhandlungen ist es geradezu eine Unmöglichkeit, dem Schöpfungsgebanten der Kreisämter, objektive Prüfung der für den einzelnen Ort maßgebenden Verhältnisse, gerecht werden zu können. Bei der jetzigen Zusammenfügung der Kreisämter sind dieselben für die Gehilfen wertlos, es ist die Beziehung eines stimmberechtigten Unparteiischen mit Entschiedenheit anzustreben. Die tarifreue Gehilfenschaft von Siegnitz erklärt, daß nur die Rücksicht auf die Verbandsdisziplin sie davon abhält, ihren berechtigten und aufs beste begründeten Forderungen den schärfsten Nachdruck zu geben. Für unverzüglich erklären die Gehilfen den Umstand, daß die hiesige Prinzipalität einen fröhlichen Buchdruckerbesitzer mit ihrer Vertretung beauftragte, der bis zum letzten Augenblicke nicht einmal völlig tarifreue war und obendrein mit unzutreffendem Materiale vertraut war.“ Als kassisches Beispiel für die Gegenbeweisführung seitens der Prinzipale sei noch mitgeteilt, daß der eine Vertreter (früherer Buchdruckerbesitzer Heinze) den Mut hatte, zu behaupten, daß in Siegnitz für 7 Mk. die Woche Kost und Logis im bürgerlichen Hause zu haben sei. Unter allgemeinem Beifalle wurde vorgeschlagen, zureisende Kollegen, die Logis suchen, an Herrn Heinze behufs Rampaftmachung dieser Erörterung zu verweisen. Daß das letzte Wort in puncto Lokalzuschlag noch nicht gesprochen ist, versteht sich am Rande; es wurde einstimmig beschlossen, Berufung beim Kreisamte einzulegen. Hoffen wir, daß unsern Beweisgründen dort eine eingehendere Prüfung beschieden sein möge. Ferner wurde beschlossen, die Errichtung eines Schiedsgerichtes und eines Arbeitsnachweises zu beantragen, um wenigstens die geringen Vorteile des neuen Tarifes für uns nutzbar zu machen.

Blauen i. B. Am 17. November feierte der Maschinenmeisterklub sein zweites Stiftungsfest unter glänzender Mitwirkung des Gesangsvereins Gutenberg sowie musikalischer und humoristischer Kräfte. Auch war eine kleine Druckausstellung arrangiert. So einfach das Fest auch war, so brachte es doch allen Teilnehmern die gemüthliche Befriedigung. Es soll deshalb an dieser Stelle nicht unterlassen bleiben, die dem Maschinenmeisterklub noch fernstehenden Kollegen aufzufordern, die Befreiungen des Klubs durch ihren Beitritt fördern zu helfen.

Duedingburg. Am 17. November vereinigte das fünfte Stiftungsfest die Mitglieder des hiesigen Ortsvereins mit ihren Angehörigen wieder zu ein paar Stunden fröhlichen Beisammenseins. Den ersten Teil des Programms füllten Musikstücke, Couplets und Gesangsvorträge der Typographie aus, die den wohlverdienten Beifall der Zuhörer fanden. Trotz unsers nur ungefähre 50 Mann starken Ortsvereins hat sich der Gesangsverein als ein lebensfähiger und fröhlicher Zweig unserer Organisation erwiesen, der durch Pflege der Kollegialität nicht wenig mit zum festen Zusammenhalte der Mitglieder beiträgt. Den Schluß- und Hauptpunkt des unterhaltenden Programms bildete der mit großer Spannung erwartete, vom Kollegen Geßner verfasste lustige, einakter „Buchdruckerreit“, welcher an diesem Abend zum erstenmale zur Aufführung kam. Der Erfolg war ein durchschlagender, und wie wir mit Uebersetzung sagen können: Sowohl für die Spieler wie für den Verfasser war auch der Beifall in vollstem Maße verdient. Der Inhalt dieses Stückes, dem wir nur wünschen, daß es auch in weiteren Kreisen bekannt wird, behandelt in lustiger und origineller Weise die Einführung des Tarifes mit allen seinen Folgen und Bewidlungen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns weiter im einzelnen über den Inhalt des Stückes zu äußern; daß aber behaupten wir, daß es ein Schlager ersten Ranges ist, sowohl wegen seiner unwichtigen Komik wie seines zeitgemäßen, lebenswahren Stoffes, der auch für Nichtbuchdrucker recht verständlich ist. Durch den Erfolg ermutigt, will Kollege Geßner das Stück im Druck erscheinen lassen, und wir wünschen und hoffen, daß auch bald weitere Ortsvereine das Stück zur Aufführung bringen. Ein bis zum feilsten Morgen ausgebehrter Tanz bildete den Schluß des schönen Festes, welches uns zeigte, daß trotz der ersten Zeiten der Froststimm der Buchdrucker nicht so leicht zu unterdrücken ist.

W. Straßund. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung wurde am 25. November in Greifswald abgehalten. Anwesend waren von 115 Mitgliedern 86, und zwar aus Anklam 15, Part 2, Greifswald 39, Putbus 2, Straßund 17, Swinemünde 7, Tribsees 1, Wolgast 3. Die Versammlung wurde vom Bezirksvorsitzenden Mische mit einer Begrüßung der erschienenen Kollegen eröffnet und geleitet. Der Gauvorsteher Krieger-Stein referierte in längerer Ausführungen über die lebhafte stattgehabten Tarifverhandlungen, welche von den Anwesenden sehr beifällig aufgenommen wurden. Die Versammlung dankte dem Redner durch Erheben von den Sigen. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Greifswald (Gnefons Restaurant) tagende Bezirksversammlung des Bezirks Straßund nimmt den neuen Tarif nach den gegebenen Verhältnissen an. Die Versammlung

spricht dem Zentralvorstande und den Gehilfenvertretern ihren Dank aus. Die Versammlung ist mit der Haltung der „Korr.“-Redaktion vollständig einverstanden.“ Betreffs der Einführung des neuen Tarifes gehen den einzelnen Mitgliedern die nötigen Anweisungen seitens des Gauvorstandes zu. Als Ort zur Abhaltung der nächsten Versammlung wurde wieder Greifswald gewählt.

Kundschau.

Zur Tarifbewegung der Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen in Leipzig erhalten wir von der örtlichen Leitung der Hilfsarbeiterorganisation eine längere Zuschrift unter Bezugnahme auf eine Rundschau notiz in Nr. 138 des „Korr.“, der wir sehr gern Raum gewähren, obwohl wir mit dem besten Willen nicht zu erkennen vermögen, was damit eigentlich an unfruchtbar, richtiggestellt werden soll. Um ganz kurz den Sachverhalt zu schildern, sei erwähnt, daß wir in Nr. 137 in einer Notiz die Hauptpunkte aus dem von den Leipziger Hilfsarbeitern den Prinzipalen unterbreiteten Tarife niedergaben. In der nächstfolgenden Nummer (138) gaben wir unserer Lesern von den in Hannover gestellten Forderungen der Hilfsarbeiter Kenntnis; das Material dazu hatten wir von Kollegen Seite in Hannover erhalten. Da bei einem Vergleiche des Leipziger mit dem hannoverschen Tarifentwurf uns in einzelnen Positionen nicht unwesentliche Unterschiede aufwies, machten wir insoweit darauf aufmerksam; daß wir in Klammerschlag die betreffenden Leipziger Forderungen angaben, jedoch ohne ein Wort der Anmerkung. Das scheint uns als eine Herabsetzung für die Leipziger Hilfsarbeiter gedeutet zu werden, doch trifft diese Mutmaßung ganz und gar daneben. Hätten wir vor einigen Jahren nicht bei der Verhandlung von allgemeinen Hilfsarbeiterfragen die Wahrnehmung gemacht, daß unsere Stellungnahme nicht immer mit der wünschenswerten Vorurteilslosigkeit betrachtet wurde, dann hätten wir diesmal in dem Falle Leipzig-Hannover uns nicht auf eine bloß ziffermäßige Gegenüberstellung beschränkt, sondern jedenfalls bei der Würdigung Ausdruck gegeben, daß die Forderungen der wünschenswerten Einheitslichkeit erlangen. Denn das ist unsere durch einfache Gegenüberstellung angebotene Meinung über das zeitlich zusammenfallende Vorgehen der Hilfsarbeiter in Leipzig und Hannover, wozu noch zu bemerken, daß die an anderen Orten eingeleiteten Aktionen von uns noch keiner diesbezüglichen Prüfung unterzogen worden sind. Da auch für die Hilfsarbeiter etwas Einheitsliches geschaffen werden soll; kann man bei solchen Unterschieden sehr wohl derartige Bedenken hegen. Herzugehen wollen wir auch noch, daß in der Leipziger Vorlage die 15 Jahre alten Hilfsarbeiter klar und deutlich mit 9 Mk. Wochenlohn als unterste Staffel bezeichnet stehen. Das ist auch in unser Nr. 137 zu lesen, (denn darauf bezug habende Notiz von der örtlichen Leitung nicht beantragt wird) und war von der „Leipziger Volkszeitung“ ebenso gemeldet worden. Wir geben nunmehr den Leipziger Vortratte selbst das Wort zu seiner Erläuterung, daß die Tarifvorlagen in den einzelnen Druckorten ganz unabhängig von einander ausgearbeitet und unterbreitet wurden. Die in mehrfacher Beziehung bemerkenswerte Erklärung des Vertrauensmannes Schulte lautet: Zur Tarifbewegung der Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen finden wir im „Korr.“ in Nr. 138 vom 29. November eine Notiz über den Hilfsarbeiterarif bzw. Hannover kontra Leipzig. In dieser Notiz ist die Leipziger Tarifvorlage der hannoverschen gegenüber recht in den Schatten gestellt, obwohl die Stadt Hannover wie unsere dortige Mitgliedschaft Bedeutend kleiner als Leipzig in beiderlei Beziehung ist. Nach der hannoverschen Tarifvorlage sollen Hilfsarbeiter von 15 Jahren 12 Mk., in Leipzig die ebenso alten 9 Mk. erhalten. Dies stimmt nicht ganz. Die Leipziger Tarifvorlage hat 15jährige Hilfsarbeiter nicht vorgegeben, da diese eine halbe Stunde weniger zu arbeiten haben, und wir für 16jährige auch 12 Mk. fordern. Desgleichen fordert Hannover für Arbeiterinnen 12 Mk., Leipzig 11,50, 12, 12,50 und 13 Mk., je nach Art der Buchdruckmaschine. Würde man da eine Sammlung der Forderungen vornehmen, so dürfte dies ein sehr hübschgedrucktes Bild geben. Da wir bereits zwei Jahre in Tarifverhandlung stehen, ohne zu einem annehmbaren Tarife gekommen zu sein, haben wir etwas daraus gelernt, und zwar: Es kommt nicht darauf an, was man fordert, sondern was man nach allen Seiten recht fertigen und eventuell auf andre Weise durchführen und vertreten kann. Die neuesten Beispiele bei den Buchdruckern selbst zeigen uns doch, zu welchen Konsequenzen es führt, vieles zu fordern, um einen Teil zu erreichen. Es ist leider in allen Mitgliederkreisen so, daß die Auftragsgeber von vornherein mit der Vorlage oder der Forderung als gegebene Tatsache rechnen, womit man die Kommissionen zur Verhandlung schickt. Soll aber eine Tarifvorlage solchermaßen Geseh werden, dann braucht man keine Bevollmächtigten zur Verhandlung zu entsenden. Das hat man bequemer, wenn man den Prinzipalvertretern schreibt: Dies annehmen oder ablehnen! So war es aber beim Kolonialen. Unternehmertum noch nicht, sondern wir werden uns verständigen, und bei der Verständigung kommt etwas andres heraus als eine zu vor genehmigte Vorlage. Die Folge war und wird bleiben: enttäuschte, vielfachig enttäuschte Gemüter, da das Erreichte und Billige der Vorlage kaum noch ähneln. Vor allen Dingen werden die unzufrieden sein, die recht fleißig im Fördern waren. Dies unsro Lehre; ob sie richtig ist, mögen die Leser beurteilen. Von unserer Leipziger

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 140. Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich. Leipzig, den 4. Dezember 1906. Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf. 44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

ziger Vorlage gibt es nicht viel abzuhandeln, das beweist die Steindruckerverhandlung. So minimal unsere Vorlage erscheint, so haben wir doch bis zur Stunde deswegen schon schwere Prüfungen zu überstehen gehabt, die wir als für uns gelungen betrachten können. Das Urteil der Gehilfen ist sehr verschieden; wenn wir aber aufzählen, welche Normen die Leipziger Herren Prinzipale festgesetzt haben, dann wird auch jeder Buchdrucker sagen: Das war notwendig, das sei ihr eurer Mitgliedschaft und eurem Ansehen schuldig. Und so werden wir künftig Gelegenheiten nehmen, jedem organisierten Buchdrucker unsere notwendigen Maßnahmen auf schneekstem Wege zu unterbreiten, um uns deren moralische Mitwirkung mehr zu verschaffen.

Eine Ermahnung an die Maschinenseker will eine uns von kompetenter Seite einlieferte Zuschrift bezwecken, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Welche Mühen es treibt, wenn sich Maschinenseker immer und immer wieder an die Sechsmaschinenfabriken zwecks Vermittlung um Konditionen wenden, sei durch folgenden Fragebogen, den ein Kollege von der Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik ergiebt, illustriert: „Seit wann sind Sie an der Linotype tätig? Wie ist die Kenntnis des Mechanismus? Wie viel Wagnis haben Sie stündlich im Durchschnitt? Wo sind Sie als Linotypenseker ausgebildet? Wo waren Sie bisher als Linotypenseker tätig? Welche Gehaltsansprüche stellen Sie? Wie sind Ihre persönlichen Verhältnisse? (Wie alt? Verheiratet oder ledig?) Sind Sie Verbandsmitglied? Welche Gegend ziehen Sie vor? Datum des Eintrittes? Sind Sie zurzeit in geflüchteter oder ungeflüchteter Kondition und wo? Genaue Adresse, Straße und Hausnummer.“ — Gottes Wunder, daß nicht auch ein polizeiliches Führungsattest verlangt und nach Sagen gefragt wird, die unter das Rubrum „Menschliches, allzumenschliches“ fallen. Die Frage nach der Organisationszugehörigkeit verdient einen besondern Tadel. Wir teilen vollständig die Meinung des Einsenders, daß die Maschinensekerfolgen sich gänzlich von der Konditionsvermittlung durch Sechsmaschinenfabriken frei machen müssen. Will man die Nestlappfelle ausspannen, muß die Emanzipation von den Maschinenfabriken vorweg gehen.

Der soeben zur Versendung gelangte Jahresbericht der Handwerkkammer zu Saarbrücken läßt erkennen, daß Tille in seinem eignen Wirkungskreise Widerstand findet. Der Handelskammerpräsident von Saarbrücken-St. Johann hat zwar die Großindustrie hinter sich, die mittleren und kleinen Gewerbe verzichtet aber auf seine Begünstigungswürde, sind also schlauer wie manche Buchdruckunternehmer. Die Handwerkkammer in Saarbrücken hat nämlich nach einer Befragung der mittleren und kleineren Druckereien ihres Bezirks sich zumindern für die bekannte Eingabe des Tarifamtes an die Reichsregierung behufs bundesrätlicher Anerkennung unserer tariflichen Sechslingskala ausgesprochen.

Ein beleidigter Innungsoberrmeister stand neulich in der Person des Buchdruckereibesizers Alfons Schöny, Verleger des in Dülken erscheinenden „Generalanzeiger“, vor dem Schöffengerichte in Dülken. Schöny ist Obermeister der Buchdrucker- und Buchbinderinnung und ist seiner im „Korr.“ schon öfters wegen seiner Antipathie gegen den Tarif Erwähnung getan. Unser Kollege Demleux in Dülken soll in einer Versammlung dieser Innung geäußert haben, er habe Material in Händen, auf Grund dessen Schöny schwedische Gardinen kennen lernen könne. Kein Zeuge wußte aber den Wortlaut des Ausspruchs bestimmt wiederzugeben. D. will nun auf Grund von Belegen und den Aussagen einer großen Reihe von Zeugen den Beweis erbringen, daß in dem Geschäft Schöny's unlautere Machenschaften zum Schaden der Inzerenten betrieben wurden. Das Gericht kam auch zu der Auffassung, daß von A. Schöny Manipulationen zweifelhafter Natur vorgenommen worden seien. Und in der Tat wird sich Schöny schon heute sagen müssen, daß manche Zeugen, die selbst bei ihm beschäftigt sind oder waren, bedenklüche Tatsachen eidlich ausgesagt haben. So bekundeten Zeugen u. a.: Inzerenten gaben für die Mittwochszusammenkünfte auf Schöny's soll jedoch nach den Zeugenaussagen Mittwoch's überhaupt keine Nummer haben erscheinen lassen. Diese Inzerate sind dann in die Samstagnummer aufgenommen. Etwa zehn Exemplare dieser Samstagnummer wurden einfach mit dem falschen Datum — dem des Mittwoch's — besonders gedruckt und an diese Inzerenten als Belegexemplare gesandt. Ein Inzerent hatte Schöny den Wunsch geäußert, seine Anzeige an erster Stelle auf einer bestimmten Seite aufgenommen zu sehen. Den gleichen Wunsch hatte aber auch ein andrer. Schöny soll nun öfter beide Teile dadurch befriedigt haben, daß er in der einen Hälfte der Auflage den Wunsch des einen, und in der andern Hälfte den Wunsch des andern erfüllte. Das Gericht erklärte,

daß es noch einen Sachverständigen von auswärts in dieser Sache vernehmen werde und vertagte den Termin. Eine besondere Ausgabe für Blinde läßt die Londoner „Daily Mail“ vom 1. Dezember ab als wöchentlich erscheinende Nummer für einen Penny erscheinen. Diese Wochenausgabe wird in Braille gedruckt werden.

Die Einführung der römischen Antiquaschrift für die japanische Presse kann als gesichert gelten, da nach dem von einer Kommission erstatteten Berichte die Regierung sich für Abschaffung der japanischen Schriftzeichen entschieden hat, die überdies von der Presse lebhaft gefordert worden ist.

Zur Gewerbegerichts Wahl in Dortmund, die diesmal nach dem Proportionalsysteme stattfand, machten die christlichen Gewerkschaften sehr große Anstrengungen, um unsere Organisation zu überflügeln. Der liebe Müß' war jedoch umsonst. Die freien Gewerkschaften brachten 1985, die christlichen nur 1305 Stimmen auf, eine Liste der hiesigen Dunderschen Gewerbevereine vereinigte 245 Stimmen auf sich. In der gleichen Reihenfolge ist die Zahl der erlangten Siege im Gewerbegerichte: 10, 7, 1.

Eine scharfe Kritik an dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine übt auch die „Deutsche Juristenzeitung“. Nach der Feststellung, daß in betreff des Ausschlusses der Landarbeiter und Eisenbahner der Entwurf weit hinter der im Jahre 1866 von der preussischen Regierung eingebrachten, das Recht der Koalition für die Landarbeiter anerkennenden Vorlage zurückbleibt, schreibt das Juristenblatt: „Weiter wird die Erlangung der Rechtsfähigkeit mit Reutelen belastet, die trotz der Absicht des Entwurfes, das Einspruchsrecht der Verwaltungsbehörde einzuschränken, dieses Recht im Grunde genommen, erweitern. Denn der Einspruch kann auch darauf gegründet werden, daß die Zwecke des Berufsvereins nicht, wie im § 1 des Entwurfes bestimmt, ausschließlich auf die Wahrung der mit dem Berufe der Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen gerichtet sind. Damit kann das Schicksal der wichtigsten Berufsvereine, der Gewerkschaften, heftigelt werden. Ihre Tätigkeit erstreckt sich oft mit Notwendigkeit auch auf andere Interessen. Schwere Bedenken rufen besonders die Vorschläge über die Entziehung der Rechtsfähigkeit nach. Neben den Entziehungsgründen des bürgerlichen Rechtes schafft der Entwurf noch drei weitere, von denen der letzte lautet: wenn der Verein eine Arbeiteraussperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeinjam Gefahr für Menschenleben zu verursachen“ (§ 15). Diese kaufmännische Bestimmung erscheint nicht annehmbar. Man beachte, daß die Wirkung der Entziehung der Rechtsfähigkeit hinsichtlich des Vereinsvermögens eine gleiche mit der Auflösung ist und eine einjährige Sperre herbeiführt (§ 45 B. G. B.). Die „Deutsche Juristenzeitung“ resumiert dann, diese Gesetzesvorlage bedeute keine soziale Tat im Sinne der bekannten Watschaften Wilhelm I. vom 17. November 1881 und Wilhelm II. vom 17. November d. J. Sollte der Entwurf einen Fortschritt in den darin gezeichneten Bahnen bedeuten, dann müßte er einer gründlichen Umgestaltung bedürfen. Das Märlein von der „vollen Kompositivfähigkeit“ findet also allenthalben eine ganz andre Deutung, als wie in den herrschenden Kreisen angenommen wird. Nach dem Umsturzgesetze, und seit dem Vorlage und dürfte unsere neudeutsche Reichspolitik mit dem Untergewerkschaftsgesetze den dritten großen Reinfall erleben.

Die Unzulänglichkeiten und behördlichen Scherezen in privaten Versicherungen zweien scheuen bekanntlich die Gewerkschaften aus guten Gründen. Aber auch die reinen Unterfütterungsvereine verzichten gern auf das Vergnügen, mit dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung etwas zu tun zu haben. Man kann das auch begreifen, wenn man die von dem Vereine für Sterbeunterstützung in Gießen nach dieser Richtung gesammelten Erfahrungen kennen lernt. Genannter Verein erstet bei dem Todesfalle eines Mitgliedes einen Beitrag von 25 Pf. und gewährt den Hinterbliebenen des oder der Verstorbene eine Unterstützung von 270 Mk. Die Vereinsmitglieder hatten einen Rechtsanspruch darauf und 20 Jahre lang ging auch die Sache so ganz gut. Auf einmal stellte nun das Aufsichtsamt für Privatversicherung an den Verein das Verlangen, sich unter seine Kontrolle zu stellen. Weiter wurde die Verbindung eines versicherungstechnischen Gutachtens über die Lebens- und Leistungsfähigkeit des Vereins sowie die Aufstellung einer Beitragskala gefordert. Ein Sachverständiger resp. Versicherungstechniker würde für ein solches Gutachten etwa 1000 Mk. gefordert haben. Dieser Umstand sowie die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Staffelsbeiträgen bestimmten

die Leitung, den Verein aufzulösen. An seine Stelle wurde jedoch sogleich eine andre Vereinigung gegründet, welche bei der bisherigen Art der Beitragshebung dieselbe Unterstützung an Hinterbliebene gewähren sollte; allerdings sollte in jedem Falle der Vorstand die Unterstützung besonders beschließen, der Rechtsanspruch war also beseitigt. Das Aufsichtsamt sah jedoch die neue Gründung als eine Fortsetzung des aufgelösten Vereins an, auch fand es in dem neuen Statute die Unterstützung noch rechtlich gewährleistet. Demzufolge stellte es an den neuen Verein auch das Verlangen, sich der behördlichen Kontrolle zu unterwerfen. Es kam infolge Weigerung desselben zu einer Anklage. Der Vertreter des Vereins führte vor dem Schöffengerichte in Gießen aus, das Gesetz betreffend die Beaufsichtigung privater Versicherungen sei geschaffen, um große Erwerbsgesellschaften, die das Versichern als Geschäft betreiben, zu kontrollieren im Interesse der Versicherungsnehmer, um diesen eine Sicherheit zu schaffen, damit sie schließlich nicht leer ausgehen. Nicht aber habe der Gesetzgeber daran gedacht, damit Wohlfahrtseinrichtungen zu treffen. Das Gericht stellte sich vernünftigerweise auf denselben Standpunkt und sprach den Verein frei. Das Aufsichtsamt wird es aber kaum bei dieser Entscheidung beneden lassen. Man sieht daran wieder, daß Gewerkschaften und Unterfütterungsvereine gar nicht anders handeln können, als ihren Leistungen einen freiwilligen Charakter zu geben. Man ist dabei noch immer zu gefahren und niemand ist in seinen Rechten dabei zu kurz gekommen. Es müßte freilich wundernehmen, wenn die hier behandelte Frage nicht noch bei der fernern Gestaltung des Untergewerkschaftsgesetzes eine Rolle spielen würde. Die Gelegenheit, noch etwas mehr in Schlichte zu machen, werden sich doch nicht die Leute entgehen lassen, welche den Gewerkschaften Steine auf Steine in den Weg legen möchten.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I.

Zentralinvalidenkasse in Ligu.

Bilanz.

Einnahmen:

An Saldovortrag vom 30. Juni 1906 Mk. 487 887,38
 „ Zinsen usw. „ 105,—
 Summa: Mk. 487 992,38

Ausgaben:

Per Unterstützung, Verwaltung usw. Mk. 9 809,15
 „ Saldovortrag für 1. Oktober 1906 „ 478 183,23
 Summa: Mk. 487 992,38

Invalidenstand 104.

Berlin, den 15. November 1906.

Gustav Giesler, Hauptkassierer.

Vorsteher der Kassenabteilung ist revidiert, in gehöriger Ordnung gefunden und der buchmäßige Kassenbestand von 1284,70 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden. Berlin, den 19. November 1906.

Die Revisionskommission:

Eugen Wegus. L. S. Giesecke. E. Gorbian.

Quittung über die im 2. Quartale 1906 verausgabten Unterstützungen.

Gau	Einnahme		Ausgabe	
	30. Sept. 1906	30. Okt. 1906	30. Sept. 1906	30. Okt. 1906
Berlin	1098 60	985 —	14 30	99 30
Dresden	1368 70	715 —	10 20	643 50
Frankfurt-Hessen	464 95	364 —	5 20	65 75
Hamburg-Altona	738 40	728 —	10 40	738 40
Hannover	836 90	819 —	11 70	6 20
Leipzig	2562 40	1820 —	11 20	731 20
Mecklenburg-Vibbed.	307 80	273 —	2 10	32 70
Mittelrhein	689 45	482 100	9 55	97 90
Nordwest	209 65	182 —	60	117 05
Oberhein	1134 30	273 —	3 90	857 40
Ober	841 40	728 —	16 —	97 40
Osternland-Thüringen	184 60	182 —	2 60	—
Rhein	447 —	273 —	4 —	170 —
Rheinland-Westfalen	718 80	364 —	5 20	349 60
Ru der Saale	220 40	182 —	1 20	37 20
Sachsen	726 85	637 —	9 40	80 45
Schleswig-Holstein	164 33	91 —	1 40	71 93
Westpreußen	139 90	91 —	1 30	47 60
Württemberg	639 15	273 —	3 90	362 25

Abdrossenveränderungen.

Bernau i. M. Vorsitzender: B. Kühn, Weinbergstraße 39, I; Kassierer: W. Bismetter.
Bielefeld. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender (provisorisch): Walter Benz, Delinghauserstraße 17.
Essen (Ruhr). Vereinigung der Schriftsetzer, Stereotypen- und Galvanoplastiker für den Gau Rheinland-Westfalen. Vorsitzender: B. Köhler, Essen-Mittenscheid, Herminestraße 16, I; Kassierer: W. Helmich-Essen, Am Hospital 38.
Gölar. Vorsitzender: Stieghan, Schulstraße 3; Kassierer: Fr. Holzbach, An der Mägdal 26.
Heil. Vorsitzender: E. König, Besenstraße 1, I; Kassierer: Paul Dreßler, Stiftstraße 12, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Aachen die Sezer 1. Franz Meven, geb. in Aachen 1884, ausgel. das. 1902; 2. Josef Drießen, geb. in Morsbach 1885, ausgel. in Aachen 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In Aachen 1. der Sezer Peter Cafer, geb. in Düren 1870, ausgel. das. 1887; 2. der Maschinensezer Fritz Brandt, geb. in Jülicherath 1883, ausgel. in Düren 1900; 3. der Drucker Theodor Kreuzer, geb. in Düren 1883, ausgel. das. 1903; 4. der Schweizerbege Heinrich Riß, geb. in Zülpich 1882, ausgel. das. 1900; waren noch nicht Mitglieder. — In Schweizer der Sezer Anton Koller, geb. in Bassau a. d. D. 1887, ausgel. in Rimbach a. Inn 1904; war schon Mitglied. — In Zülpich 1. der Sezer Lorenz Schneider, geb. in Nilsfeld (Oberhessen), ausgel. das. 1906; 2. der Schweizerbege Josef Menzel, geb. in Zülpich 1886, ausgel. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Andr. Wilms in Aachen, Adalbertstraße 55.

In Alfeld a. R. der Sezer Albert Kurin, geb. in Saßfa 1885, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — Aug. Hausmann in Hildesheim, Kaiserstraße 29. — In Aue der Sezer Otto Körting, geb. in Streßla 1886, ausgel. in Halle a. S. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Fischpau der Sezer Adolf Wagner, geb. in Schmiednis 1883, ausgel. das. 1801; war schon Mitglied. — In Zwentau der Sezer Alfred Schmidt, geb. in Großsch 1883, ausgel. in Regau 1902; war noch nicht Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

In Danzig der Sezer 1. Leop. Ubuschat, geb. in Jufferburg 1863, ausgel. das. 1884; war schon Mitglied; 2. der Drucker Friedr. Michels, geb. in Danzig-Neufahrwasser 1887, ausgel. in Danzig 1904; war noch nicht Mitglied. — Gustav Jango, Kettlerhagergasse 7, II.

In Geestemünde der Sezer Karl Bergschütz, geb. in Dömitz (Mecklenburg) 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Stade der Sezer Klaus Fischer, geb. in Campe 1887, ausgel. in Stade 1906; war noch nicht Mitglied. — D. Köppler in Bremerhaven, Am Hafen 49.

In Krefeld die Sezer 1. Johann Genth, geb. in Krefeld 1867, ausgel. das. 1885; war schon Mitglied; 2. Feinr. Bücker, geb. in Krefeld 1880, ausgel. das. 1898; 3. Wilh. Hans, geb. in Krefeld 1888, ausgel. das. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — Gustav Murrmann, Blumenstraße 94.

In Ravensburg a. G. der Sezer Wilhelm Benett,

geb. in Kollow 1884, ausgel. in Schwarzenbek 1902; war noch nicht Mitglied. — Martin Brüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34, p.

In Lindau der Sezer Ludwig Zeitter, geb. in Lindau 1885, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied.

— In München der Sezer Josef Stehbart, geb. in Kaufen 1889, ausgel. in Alttötting 1906; war noch nicht Mitglied. — In Regensburg der Maschinensezer Josef Weber, geb. in Rosenheim 1885, ausgel. in München 1904; war schon Mitglied. — Jos. Seiz in München, Kuenstraße 22, I.

In Rieneburg der Sezer Rudolf Kastrop, geb. in Bradwebe 1884, ausgel. in Bielefeld 1903; war schon Mitglied. — R. Sasse, Wallstraße 14.

In München 1. der Sezer Franz Seemann, geb. in Berghausen 1883, ausgel. in Geiselhörning 1900; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Hans Weder, geb. in Leipzig 1886, ausgel. das. 1905; war schon Mitglied. — In Roth der Schweizerbege Wilhelm Winter, geb. in Nürnberg 1878, ausgel. das. 1895; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seiz in München, Kuenstr. 22, I.

In Münster die Sezer 1. Anton Baumann, geb. in Münster 1871, ausgel. das. 1890; 2. Eduard Ggankst, geb. in Balenze (D.-Schl.) 1883, ausgel. in Weutlingen 1901; waren noch nicht Mitglieder; 3. August Wanzellus, geb. in Bingen 1878, ausgel. in Münster 1898; war schon Mitglied. — In Dülmen der Sezer Heinrich Einhans, geb. in Dülmen 1888, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — E. Kosmeier in Münster i. W., Maximilianstraße 34.

In Riemegk die Schweizerbege 1. Karl Schemel, geb. in Belgiz 1887, ausgel. in Riemegk 1905; 2. Max Schafital, geb. in Bergen auf Rügen 1881, ausgel. in Riemegk 1899; waren noch nicht Mitglieder. — Albert Schulenburg in Brandenburg a. S., Neuenborferstr. 43.

In Ostermied der Drucker Otto Schafft, geb. in Braunschweig 1888, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Wernigerode der Sezer Gerhard Steinbrecher, geb. in Wernigerode 1882, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Krufe in Halberstadt, hinter der Münze 17.

In Rottenburg a. N. der Sezer Josef Kehler, geb. in Rottenburg a. N. 1889, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart der Galvanoplastiker Eugen Müller, geb. in Stuttgart 1889, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Karl Anie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In Saalfeld der Sezer Otto Greiner, geb. in Schleg 1888, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Rich. Meinhard in Jena, Sophienstraße 16, I.

In Schwerin i. M. die Sezer 1. Wilhelm Gebert, geb. in Schwerin 1858, ausgel. das. 1875; 2. Karl Borchert, geb. in Barchim 1884, ausgel. das. 1903; waren schon Mitglieder; 3. Franz Kalich, geb. in Schwerin 1887, ausgel. das. 1906; 4. der Korrektor Josef Schredt, geb. in Gonsdorf (R.-Kreuzburg, D.-Schl.) 1865; waren noch nicht Mitglieder; 5. der Sezer Bruno Hehde, geb. in Wollstein 1881, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — Rud. Gaj, Gutenbergstraße 7.

In Seehausen (Altst.) der Schweizerbege Franz Matern, geb. in Berlin 1868, ausgel. in Briesen a. D. 1886; war schon Mitglied. — Reinh. Herwig in Magdeburg-S., Westerbückerstraße 1.

In Wittenberg der Sezer Richard Griffel, geb. in Terschdorf 1887, ausgel. in Kallberge b. Berlin 1904;

war noch nicht Mitglied. — Otto Günther, Berlinerstraße 28, I.

Arbeitslosenunterstützung.

Altenburg. Die Herren Reiffelstewerwalter und Kassierer werden höflichst ersucht, dem Drucker Heinrich Baumann aus Hamburg (Optik-Str. 54/11b) 3 Mk. am 11. November hier erhaltenen Voranschlag abzugeben und an E. Sturm, Adelsheidstraße 14, I, einzufenden.

Bersammlungskalender.

Berlin. Bersammlung Mittwoch den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15. — Vertrauensmännerversammlung Donnerstag den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15.

Sümburg (Zahn). Bersammlung Sonnabend den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokale (Roth, Frankfurtstr. 14).

Helmstedt (Saar). Bersammlung Samstag den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Kronprinzen“, Güttenbergstraße.

Schweizerischer Typographenbund.

Berlin. Sollte der Schriftsetzer Theodor Grieder in Eptingen geboren 1882 (Kontr.-Nr. 5635) sich irgendetwas zeigen, so ersuchen wir, ihm das Verbandsbuch abzunehmen und es dem Sekretär des Schweizerischen Typographenbundes, J. Schlumpf in Bern, einzufenden. Grieder hat sich gegen den Verband und einzelne Mitglieder desselben sowie Fehler zu schulden kommen lassen, daß wir ihn unmöglich länger in unseren Reihen dulden können.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.

Kreis IVa (Baden, Württemberg, Hohenzollernlande und Pfalz). Begünstigend auf die Befanntmachung des Tarifamtes in Nr. 13 des „Korr.“ vom 29. November betreffs Neuwahl der Vertreter zum Tarifausschuß im Kreise IVa werden hierdurch sämtliche in tarifreuen Buchdruckereien arbeitenden Gehilfen des Kreise IVa ersucht, Unterzeichnetem bis zum 14. Dezember Kandidaten zu benennen, um solche auf den auszugehenden Stimmzetteln bekannt geben zu können. Es sind zu wählen: ein Gehilfenmitglied des Tarifausschusses und ein erster Stellvertreter desselben, welche am Kreisvorort Stuttgart wohnen müssen, und ein zweiter Stellvertreter, welcher nicht am Kreisvorort wohnen darf. Nach festgestellter Kandidatenliste werden die Wahlzettel alsbald versandt werden und wird die Wahl selbst auf den 22. Dezember festgesetzt. — Die bisherigen Vertreter waren: Karl Anie in Stuttgart, Gehilfenvertreter; Jakob Flohr in Stuttgart, erster Stellvertreter (ist im November 1905 von seinem Amte zurückgetreten); Alb. Willi in Karlsruhe, zweiter Stellvertreter (kam nicht mehr in Voranschlag gebracht werden, weil vom Beruf abgegangen). — Stuttgart, Ende November 1906.

Karl Anie, Gehilfenvertreter für den Kreis IVa.

Briefkasten.

J. J. in Mühlhausen: Wir werden Erhebungen veranstalten, da wir in dieser Sache selbst nicht unterrichtet sind. — Umberg: Einen Bersammlungsbericht vom 27. Oktober können wir doch jetzt nicht mehr aufnehmen, der ist ja vollständig veraltet. Eine etwas schnellere Berichterstattung würde zu empfehlen sein.

Tüchtiger Monolinseher
 der gut das polnische Manuskript liest, sofort gesucht.
Glos Elasti,
 253 | **Meinwig (D.-Schl.),**

Süstierer
 in dauernde, lohnende Kondition gesucht.
Bauerische Gießerei, Frankfurt a. M.

Faktor.
 Zu anfang nächsten Jahres sucht ein in allen Zweigen der **Metzgermaschinenfabrikation** erfahrener, lohnender, durchaus tüchtiger **Fachmann** mit Primärgewinnnissen über langjährige **Stellungen neue Position.** Werte Offerten erb. unt. D. 13291 an **Hausenstein & Vogler, U.-G., Leipzig.** [280]

Stenographie „Stolz-Schrey“ liefert Briefe, nach Methode. Honor. 3.50 Mk. einschl. Befr. in Nachn. **C. Müsebeck, Ober-Kamstadt (Hessen).** [281]

Der kleine Brochhaus!
 komplett 2 Bände 24 Mk. sowie alle anderen Werte liefert gegen bequeme monatliche Zahlungsung **H. Wilhelm, Dresden, R. Eichenstraße 7.** Spezial der Dresdener Kollegen empfehle mich zur Lieferung von Radliteratur. Prospekte zu Diensten! — Kollegen als Vertreter gesucht! [130]

Brochsen
 mit Gutenberg oder Buchdruckerwappen von 1,50 Pf. bis 4 Mk.
 — Illustrierte Preisliste unkonst. —
Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

Sie werden dringend gebeten, Ihre Bestellung auf den neuen Jahrgang der „Typographischen Jahrbücher“ sofort aufzugeben, da nur bei rechtzeitiger Aufgabe eine prompte Lieferung sämtlicher Kunstbilden garantiert werden kann. Preis pro Heft nur 50 Pf. Alle Buchhandlungen und Vertreter nehmen Bestellungen entgegen. [278]

Soeben erschien!
Zwölf Hochzeits-Zeitungen
 als Vorlage und Manuskript für Buchdrucker.
 In eleganter Mappe. Preis 5 Mark.
 In diesem prächtig ausgestatteten Werkchen wird durch unzählige praktische Beispiele Anleitung zu geschmackvoller Ausstattung von Festzeitungen aller Art gegeben. Die Muster können als Vorlagen für die Kundschaft dienen, ihr Besitz sichert die Erlaubnis zum Nachdruck des Inhaltes. — Es gelangt nur einheitliches Material zur Verwendung. [275]

Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.

Von Julius Mäser, Leipzig-R., verlange man:
Mäser's Farbenlehre für Buchdrucker. Auf Grund langjähriger praktischer Erfahrungen zusammengestellt. Mit einem Farbenkreise und 618 Farbmischungen auf acht Farbatönen. Geb. 5 Mark. — Das Werk ist unentbehrlich für jeden Faktor, Akzidenzsetzer und Maschinenmeister, der sich mit Farbdruk beschäftigt. [274]

Liedertafel Gutenberg
 von 1877. Hamburg-Altona.
 Sonntag den 9. Dezember, morgens 11 Uhr, im Vereinslokale Restaurant A. Lohse, Kl. Rosenstrasse 16.
Generalversammlung.
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Rechnungslegung; 2. Vorstandswahl; 3. Sommervergaben 1907; 4. Verschiedenes. [279]
 Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Um politisches Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an **Konrad Gähler** adressieren.

Anhänger und Verloves
 mit Gutenberg u. Buchdruckerwappen von 40 Pf. bis 4,50 Mk.
 — Illustrierte Preisliste unkonst. —
Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

Allen Kollegen, Freunden und Genossen hierdurch die ergebene Mitteilung, dass ich das Lokal des Herrn **Wilhelm Burg** Berlin, Lindenstraße 3, zweiter Hof parterre übernommen habe. Ich empfehle meine Räume zur Abhaltung von Druckerbersammlungen, Werkstübensitzungen, Auslernentfern usw.
F. F. Emil Schmidt. [278]

Wer kennt die genn. Adresse des Sezers **David Bornemann**, vor 12 bis 15 Jahren in „Leipz. Ztg.“ u. in „Generalanz.“ Lond. Es handelt sich um Gebührensregulierung, Unterzeichnetem vergütet. Wort. **Herr Verbeke,** Leipzig, Wolfenbüttelstr. 82. [284]

Am 28. November verschied unser lieber Kollege, der Setzer
Robert Würing
 im Alter von 43 Jahren an einem Blutsurze. Ein allezeit treues Andenken wird ihm bewahren. [283]
 Der Bezirksverein Mainz.

Am 26. November verstarb unser wertest Mitglied, der Maschinenmeister
Georg Klaus
 aus München im Alter von 30 Jahren an Lungenerleiden. [282]
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft München.

Richard Härtel, Leipzig-R.
 (Inhaber: Clara verw. Härtel)
 Kohlgeratenstrasse 43
 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Durcheinander. Mehrere Zeichnungen u. Skizzen von Gekörbis, Kitzelstätten, Bierelstein, Wigrettor usw. Von Sattler. 1897. Untiqu. [282]
 Seit 30 Jahren für 10 Mk. angeboren. **Georgs Freundwörterbuch.** Unter Berücksichtigung der amtlichen Erträge über Verdeutschung der Fremdwörter und der neuen einheitlichen Rechtschreibung neu bearbeitet von Prof. Dr. Otto Lyon. 18. Ausgabe. 6,00 Mk.
Praktische Schule für Maschinenmeister usw. Von Jos. Schorer. i. Mk.